

Beginn: 15.01 Uhr

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet.

Ich begrüße Sie recht herzlich zu dieser besonderen Sitzung. Wir haben heute vereinbarungsgemäß nur zwei Tagesordnungspunkte, die gemeinsam debattiert werden sollen. Die hierzu vereinbarte Redezeit beträgt 45 Minuten je Fraktion und für den Senat.

Bevor wir in die Debatte einsteigen, habe ich noch einen Hinweis: Aus gegebenem Anlass macht ein Filmteam heute während der Sitzung Aufnahmen für die erneuerte Fassung des Films über die Bürgerschaft, für die Publikationen und so weiter. Das Filmteam wird sich ausnahmsweise in einer Weise hier im Raum bewegen dürfen, wie es sonst nicht üblich ist, auch hinter der Präsidiumsbank. Wir werden versuchen, hier vorne die Nerven zu behalten, und ich bitte darum, dass Sie das mit Toleranz und Zustimmung akzeptieren.

Nun kommen wir zum Senatsantrag, Drucksache 19/5500: Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes und zum Interfraktionellen Antrag: Einsetzung eines Sonderausschusses gemäß Paragraf 52 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft, Umsetzung der Hamburger Schulreform.

**[Senatsantrag:
Gesetz zur Änderung des Hamburgischen
Schulgesetzes
– Drs 19/5500 –]**

**[Interfraktioneller Antrag:
Einsetzung eines Sonderausschusses gemäß §
52 der Geschäftsordnung der Hamburgischen
Bürgerschaft: "Umsetzung der Hamburger
Schulreform"
– Drs 19/5519 –]**

Das Wort erhält zuerst der Erste Bürgermeister.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute werden der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg und die Hamburgische Bürgerschaft einen Beschluss fassen beziehungsweise ihm zustimmen, der den Menschen in dieser Stadt ein Angebot machen wird, ein Angebot für bessere Schulen, ein Angebot für mehr Chancengerechtigkeit, ein Angebot für eine für uns neue, aber in Europa erprobte Form von Schule und Unterricht. Ich freue mich, dass wir hier im Hause und auf der Regierungsseite einen Konsens gefunden haben, der es ermöglicht, nach Jahrzehnten harter, teilweise ideologischer schulpolitischer Diskussionen – auch und gerade um Struktur – dieses Angebot gemeinsam machen zu können und damit diese

Jahre vielleicht nicht zu überwinden, aber aus der Erfahrung dieser Jahre vielleicht nach vorne zu blicken und gemeinsam den Menschen dieser Stadt die Hand auszustrecken für eine bessere Schule. Das ist ein guter Tag für dieses Haus.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es ist nicht nur die Politik, die dieses Angebot heute formuliert, sondern weit über das Parlament hinaus gibt es ein nicht allumfassendes, aber großes gesellschaftliches Bündnis von Sympathie für diese Art der besseren Schule, wie wir sie wollen. Von der Handwerkskammer über die großen Gewerkschaften, die wichtigen Vertreter des Unternehmensverbandes Nord und die Patriotische Gesellschaft bis hin zu führenden Bildungswissenschaftlern, vielen Verbänden, Kammern und Einzelpersonlichkeiten – sie alle unterstützen diesen Weg. Aber natürlich weiß ich, dass es auch viel Skepsis gibt.

Ich werde als Bürgermeister alles dafür tun, dass die Hamburgerinnen und Hamburger dieses gemeinsame Angebot annehmen werden. Das werden arbeitsreiche Tage werden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vorweg möchte ich sagen, dass ich großen Respekt habe vor den Gegnern dieses Angebots einer besseren Schule, wie wir sie wollen. Ich bin überzeugt, dass es den meisten von ihnen um die Zukunft ihrer Kinder geht. Sie lieben ihre Kinder und wollen für sie Glück, Erfolg und das Beste, sie kommen dabei nur zu anderen Überlegungen.

Auf der anderen Seite erlauben Sie mir auch die Bemerkung: Natürlich ist diese Frage neben allen sachlichen Argumenten auch sehr emotional und emotionale Debatten und Auseinandersetzungen führen manchmal zu Verletzungen und Stillosigkeiten. Meine ganz herzliche Bitte – ich garantiere es für mich und die Seite, die ich repräsentieren kann – an die Gegner der Schulreform ist, Stil, Anstand und Form des demokratischen Verfahrens zu wahren, und ich will Ihnen auch sagen, warum. Ich hatte heute ein Gespräch mit dem Inhaber der Drogeriekette Budnikowsky, der mir berichtete, dass er in den letzten Tagen eine Reihe von Mails und Briefen bekommen habe, in denen Kunden ihm sagen, wenn er seine Unterstützung für die Schulreform nicht aufgäbe, würden sie seine Läden boykottieren. So geht man in dieser Stadt nicht mit verschiedenen Meinungen um, meine Damen und Herren, das ist nicht hamburgisch.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Worin liegen die Ursachen für die Skepsis? Neben einzelnen pädagogischen oder fachlichen Gründen gibt es, psychologisch betrachtet, von der Motivation her zwei Hauptursachen. Es gibt eine Ursache, die ich in vielen Gesprächen – auch in unseren Gesprächen mit der Initiative – bemerkt habe. Es

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

gibt bei vielen Menschen, das müssen wir einfach konstatieren, ein tiefes Misstrauen gegenüber der Politik, und zwar nicht nur gegenüber der Regierung, nicht nur gegenüber den Regierungsparteien, sondern gegenüber der Politik im Allgemeinen. Es gibt den Generalverdacht, die erzählen viel und halten sich nicht daran. Die Akzeptanz dessen, was Politiker, egal welcher Couleur, sagen, ist in den letzten Jahren – aus welchen Ursachen auch immer, jeder wird seine eigenen Erklärungen haben – rapide zurückgegangen. Wir dürfen uns nicht täuschen, dass wir glauben, durch diesen großen Konsens der Fraktionen, der Regierung und auch vieler Verbände bestehe darüber hinaus ein so großer gesellschaftlicher Konsens, der automatisch die Mehrheit für die bessere Schule garantieren würde.

Meine Damen und Herren! Auch der umgekehrte Effekt kann eintreten, dass eine Welle entsteht, die da unten gegen die da oben in der Politik, weil es dieses Misstrauen gibt. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten alles daran setzen müssen, dieses verbreitete Misstrauen zumindest in diesem Punkt zu widerlegen. Das ist die Aufgabe von uns allen, die wir in diesem Parlament sitzen und für diese bessere Schule werben. Ich will das tun.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der LINKEN)

Ich garantiere den Menschen, die uns misstrauen, dass diese Reform selbstverständlich laufend überprüft wird, unabhängig, transparent und nachvollziehbar. Wenn Ihr Misstrauen gegen uns habt, dann glaubt den Experten und glaubt uns, dass wir bereit sind, auch selbstkritisch zu prüfen, ob das, was wir in jedem einzelnen Schritt machen, gut ist. Wir stellen uns dieser Prüfung, wir stellen uns dieser Transparenz, weil wir von dieser Art der besseren Schule überzeugt sind. Darum haben wir dabei keine Scheu.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Der zweite Grund, der aus meiner Sicht eine große Rolle spielt, ist eine gewisse Urangst des Menschen vor dem Neuen. Diese Urangst ist umso größer – das kann ich nachvollziehen, obwohl ich selbst keine Kinder habe – für Menschen, die um die Zukunft ihrer Kinder bangen. Sie möchten gerne jedes Risiko für Glück, Erfolg und Zukunft ihrer Kinder ausschließen und haben darum neben dieser eigentlichen Angst noch eine größere, weil es eben ihre ganze Liebe, ihre Kinder, trifft. Diese Angst vor dem Neuen kann ich psychologisch nachvollziehen, nur ist sie aus meiner Sicht dann besonders begründet, wenn das Bisherige gut ist. Aber ist denn das Bisherige gut?

Meine Damen und Herren! Die Art und Weise der Schule und der Schulstruktur, wie wir sie in

Deutschland, auch in Hamburg, haben, hält europäischen Standards nicht mehr stand. Darum ist es nicht gut so, wie es ist und darum sollte man auch keine Angst vor dem Neuen haben. Auch das ist ein Beweggrund für diese Schulpolitik.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das ist, nebenbei gesagt, nicht meine These, sondern das belegen auch PISA und andere Untersuchungen. Zu viele Schülerinnen und Schüler erreichen keinen Abschluss oder haben einen schlechten Abschluss. Auch die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler können sich nicht so entfalten, wie sie es eigentlich für sich und für die Gesellschaft tun müssten. Nun ist es nicht so, dass diese Schwierigkeiten im Schulsystem unerkannt sind, sondern es wird seit Jahren versucht – bei manchen Punkten schon seit Jahrzehnten –, sie in der bisherigen Schulstruktur zu beseitigen. Es haben sich doch viele bemüht, auch sozialdemokratische Senatoren früher, genau wie wir uns bemüht haben, das zu tun. Wir müssen nun konstatieren, dass die Erfolge leider nicht in dem Umfang eingetreten sind, wie wir es für unsere Kinder brauchen. Wir brauchen die beste Schule, auch im europäischen Vergleich und im Weltvergleich, damit unsere Kinder in Hamburg für unsere Stadt, für sich und auch für ihre Eltern alle Chancen ergreifen können. Wir dürfen deshalb nicht nachlassen, diese Reform anzugehen, weil es nicht gut ist, so wie es ist. Darum versuche ich, den Menschen zu sagen, überwindet das Misstrauen, überwindet die Urangst. Erfahrungen in Europa und der Welt belegen, dass eine bessere Schule, wie wir sie gemeinsam wollen, möglich ist.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Lassen Sie mich aus meiner Sicht sagen, warum diese Schule, wie wir sie anstreben, wichtig und besser ist. Warum längeres gemeinsames Lernen, warum besserer, individualisierter Unterricht, warum niedrigere Klassenfrequenzen? Sie wissen, was alles zur Diskussion steht und wofür wir in den nächsten Wochen und Monaten werben wollen. Was sind die Hauptursachen, auch für mich ganz persönlich, dafür so einzutreten?

Das eine ist, ganz profan betrachtet, ein ökonomischer Beweggrund. Wir brauchen in Hamburg für Wirtschaft, Wachstum, Arbeit und Wohlstand die bestqualifizierten jungen Leute in Deutschland.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Alle Untersuchungen zeigen, dass wir in den nächsten zehn bis 15 Jahren auch in dieser Region einen erheblichen Akademikermangel haben werden. Wir haben nicht zu viele Studierende, nicht zu viele Akademiker, weder in Deutschland noch in dieser Region, wir haben zu wenige. Darum brauchen wir gut ausgebildete Schülerinnen und Schüler, deren ganzes Potenzial in der Schule gehoben

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

wird, damit sie mit Hochschulzugangsberechtigung hinterher als Akademiker uns, der Region, sich selbst für diesen Standort zur Verfügung zu stehen. Das ist neben allen moralischen und gesellschaftspolitischen Fragen auch und gerade eine ökonomische Frage. Wer Hamburg in der Wirtschaft vorne sehen möchte, der braucht bestausgebildete Leute und muss jetzt etwas tun, damit wir nicht in 15 Jahren einen Akademikermangel in dieser Stadt haben.

(Beifall bei der CDU, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das ist die eine Seite. Das Zweite ist doch aber, dass auch Handwerk, Gewerbe, Industrie und allgemeine Dienstleistungen hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen. Es ist doch nicht mehr so wie vor vielleicht 10, 15, 20 Jahren, als man sagen konnte, auch der- und diejenige, der in der Schule nicht mitkommt und vielleicht keinen Abschluss hat, wird schon irgendeinen Arbeitsplatz finden, wo man keine hohen Qualifikationen braucht, wo er Geld verdienen und auch ein bisschen Wohlstand erreichen kann. Das mag früher in der Industrie und in manchen Dienstleistungen so gewesen sein, dass man auch ohne hohe Qualifikation arbeiten konnte oder im Handwerksbetrieb zuarbeiten konnte.

Meine Damen und Herren! Diese Arbeitsplätze gibt es nicht mehr, es werden immer weniger. In den Bereichen Handwerk, Industrie und Dienstleistungen kommt es nicht auf akademische Ausbildung an – die kann auch nicht jeder schaffen –, es kommt nicht darauf an, dass die Leute so hochqualifiziert sind, aber auch diese Berufe werden immer spezieller und die Firmen brauchen gute Leute aus der Region. Darum müssen wir alles dafür tun, dass die Jugendlichen in der Schule darauf vorbereitet werden, dem Arbeitsmarkt auch in diesen Bereichen zur Verfügung zu stehen und dass sie für sich selber ein selbsterfülltes Leben anstreben können. Es ist wichtig, hier jungen Leuten eine Chance zu geben, weil wir es auch ökonomisch brauchen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Neben diesen ökonomischen Erfordernissen gibt es aus meiner Sicht zwei gesellschaftspolitische Gründe, die von großer Bedeutung sind. Das eine ist die Frage, wo unsere Gesellschaft eigentlich in Bezug auf den Zusammenhalt hinsteuern will? In welche Richtung bewegt sie sich? Wollen wir eine Gesellschaft mit dem Wunsch nach den Vorteilen der Integration, des gemeinsamen Akzeptierens von Werten, des Bejahens dieser Gesellschaft, wo jeder sagt, ich tue etwas für mich, aber auch für die Allgemeinheit und nachhaltig für die nächste Generation? Oder wollen wir eine Gesellschaft, in der es immer mehr zur entweder lustlosen oder lustvollen Vertretung von Partikularinteressen kommt? Ich persönlich habe den Eindruck – da mögen wir

in der Analyse übereinstimmen oder nicht –, dass diese Gesellschaft sich immer weiter von der Integration wegbewegt, dass sich auf beiden Seiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit – bei Leuten, denen es schlecht geht, aber auch bei Teilen der Elite – unglaubliche Zentrifugalkräfte entwickeln, die immer mehr an der Mitte dieser Gesellschaft reißen und auf Dauer die Substanz der Gesellschaft und des Gemeinwesens gefährden.

Ich will Ihnen sagen, was ich meine, wenn ich von der unteren Seite der Gesellschaft spreche. Es war doch früher im Regelfall so – das ist auch eine Wurzel der Sozialdemokratie, die hohen Respekt verdient –, dass Leute, die aus Arbeiterverhältnissen kamen, mit Stolz auf ihre Arbeiterschaft geschaut haben, aber auch gesagt haben: Ich will, dass meine Kinder es einmal besser haben, ich will Bildung für meine Kinder, damit die es einmal besser haben und mehr Chancen an Teilhabe und Wohlstand haben. Das gibt es heute auch noch, aber es gibt auch viele andere, die inzwischen mutlos geworden sind, hoffnungslos geworden sind und resigniert haben – die Hartz-IV-Karrieren, wie es so schön heißt, in der zweiten, dritten Generation –, die selbst, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr den Ehrgeiz haben zu sagen, meine Kinder sollen es einmal besser haben, sondern sich frustriert zurückgelehnt haben. Ich will hier keine pauschalen Vorwürfe erheben – manchen muss man einen Vorwurf machen, bei manchen ist es unverschuldet –, nur die Wirkung für die Kinder ist die, dass sie von zu Hause nicht mehr die Hilfe, den Antrieb, den Ehrgeiz und die Ziele vermittelt bekommen, um selber für sich alle Chancen im Leben ergreifen zu können. Ich will, dass auch diese Kinder alle Chancen haben, selbst wenn die Eltern nicht in der Lage sind, ihnen diese Chancen einzuräumen.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der SPD)

Zum Zweiten ist es meine persönliche Überzeugung, dass nicht die gesamte Elite, aber Teile der Elite nicht mehr ihre Pflicht tun. Wir haben in Teilen der Elite eine Flucht in rein materielles Denken. Die Boni sprechen in diesem Zusammenhang eine deutliche Sprache.

(*Michael Neumann SPD: Wer gibt die, wer zahlt die?*)

Ich nehme keinem übel, dass er viel Geld haben will, aber hohe Boni sprechen für sich. Darüber hinaus spricht natürlich auch eine deutliche Sprache, dass sich inzwischen vermutlich Tausende von Menschen in Deutschland selbst angezeigt haben, weil sie ihr Einkommen hier nicht versteuert haben. Nebenbei zu Ihrer Information: Der Stand gestern war, dass es – nur in Hamburg – 195 Selbstanzeigen gab mit einem gesamten nachzuersteuernden Volumen, also was an Steuern mehr kommt, von fast 100 Millionen Euro. Die werden nicht alle in Hamburg bleiben; das wird

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

aufgeteilt zwischen Bund und Land, Hamburg bleiben rund 20 Millionen Euro. Aber allein in dieser Stadt gibt es bislang 195 Leute, die schon einmal geständig sind. Das trifft um Gottes Willen nicht alle,

(Michael Neumann SPD: Mehr Steuerprüfer würden es bringen!)

aber manche Teile der Elite stehen sich aus der Verantwortung und versuchen das.

Früher war es in Hamburg, wenn man zur Elite dazugehören wollte, zu denen, die die Stadt gesellschaftlich prägen, ein ungeschriebenes Gesetz, dass man mit seinem Wohlstand nicht angeben hat, sondern man hatte viel, versuchte aber, diskret und taktvoll damit umzugehen. Das gibt es noch, aber es gibt auch viele, die mit ihrem Wohlstand hemmungslos und protzig angeben.

(Dirk Kienscherf SPD: Vermieter, die das machen!)

Auch das ist kein verantwortungsvolles Verhalten von Menschen, die Wohlstand haben und zur Elite gehören.

Diese Gesellschaft strebt an ihren Rändern auseinander und die große Aufgabe der Politik wird sein, dieses zu verhindern und die Integration der Gesellschaft von ganz unten – in Führungsstrichen – bis ganz oben durch den Zwang zur Verantwortung, zur Hoffnung, zum gemeinsamen Handeln hinzukriegen. Diese Integration muss bei den jungen Menschen beginnen, bei den Kindern, weil es sonst nachher zu spät sein wird. Darum ist längeres gemeinsames Lernen vernünftig.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Lassen Sie mich einen weiteren gesellschaftspolitischen Grund nennen; es ist ein ganz persönlicher, vielleicht auch ein Grund, warum dieses Thema gerade in unserer Partei so umstritten ist, warum es aber viele in unserer Partei gibt, die mit Verve für diese Reform kämpfen, genau wie es einige gibt, die dagegen sind. Die politisch-philosophische, ideologische Diskussion hatte, als ich in den Siebzigerjahren begonnen habe, mich für Politik zu interessieren – bei manchen Themen geht sie bis heute weiter –, zwei wesentliche Inhalte: Ein wesentlicher Inhalt war – das gehört nicht zum Thema, ich sage es nur der Vollständigkeit halber –, ob die marxistische Philosophie, die von Gesetzmäßigkeiten der Geschichte ausgeht, mit Freiheit vereinbar ist. Da war meine Meinung, nein, darum bin ich zu den Christdemokraten gegangen.

(Zurufe von der SPD)

– Meine Kollegen von der SPD, lesen Sie einmal die Flugblätter der Jusos und des sozialdemokratischen Schülerverbands aus der Zeit. Das waren reinrassige Marxisten, da brauchen Sie gar nicht mit dem Kopf zu schütteln, das war damals so.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kienscherf, ich darf es zwar nicht, aber es ist Ihnen vergeben, glauben Sie mir.

(Michael Neumann SPD: Das ist auch eine Kirchenrede heute!)

– Das müsste Herr Mohaupt vielleicht machen als Pastor.

Meine Damen und Herren! Das ist die eine Seite. Die zweite Seite ist, dass es damals wie heute eine, wenn Sie so wollen, gesellschaftspolitische, ideologische Auseinandersetzung gab und gibt über die Wertigkeit der beiden Begriffe Freiheit und Gleichheit im Verhältnis zueinander. Das sind Begriffe, die irgendwo im Wettbewerb stehen. Wenn Sie zum Beispiel Meinungsumfragen machen, sagt der überwiegende Teil der Bevölkerung bis heute, ihnen sei die Gleichheit wichtiger als die Freiheit. Das ist so, das ist in Meinungsumfragen in der Bevölkerung belegt. Es ist meine ganz persönliche Meinung und felsenfeste Überzeugung – darum bin ich auch unter anderem Mitglied dieser Fraktion und dieser Partei –, dass die Freiheit im Abwägungsverhältnis zur Gleichheit wichtiger ist. Freiheit hat Priorität.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der LINKEN)

Aber ich weiß auch, dass die Freiheit, wenn sie intensiv wahrgenommen wird, dazu führen kann, dass diejenigen, die sie besonders talentiert wahrnehmen, großen Erfolg haben und andere nicht und der Verdacht eintritt, dass eine Freiheit, die im Spannungsverhältnis zur Gleichheit Priorität hat, dazu führen kann, dass sie im Ergebnis zu Ungerechtigkeiten führt. Das ist das Problem dieser Diskussion. Freiheit, die so wahrgenommen wird, wie jeder es will, kann zu Ungerechtigkeiten führen. Das bringt mich zu dem Schluss, dass ich, wenn ich diese Ungerechtigkeiten trotzdem akzeptiere, weil es vermutlich Freiheit ohne Ungleichheit der Ergebnisse nicht geben wird, sagen muss, jeder solle aber die Chance haben, die Freiheit so ausleben zu können, dass er selber am Wohlstand, am Reichtum und am Erfolg teilhaben kann. Das heißt, Freiheit ohne Chancengerechtigkeit geht nicht und darum trete ich so entschieden für Chancengerechtigkeit ein.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der LINKEN und bei Thomas Böwer und Dr. Mathias Petersen, beide SPD)

Das sage ich auch denjenigen aus meiner eigenen Partei, die mir in Diskussionen sagen: Bist du jetzt ein Linker oder ein Sozi geworden, was ist mit dir los? Keine Sorge, ich stelle keinen Asylantrag.

(Michael Neumann SPD: Für Asyl ist Herr Ahlhaus zuständig! Wo ist er?)

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

Ich bin fest davon überzeugt: Wer in dieser grundsätzlichen Diskussion sagt, er sei in der Abwägung der Wertigkeiten der Begriffe Freiheit und Gleichheit ohne Einschränkung für eine freie Gesellschaft, der muss genauso ohne Einschränkung für eine ganz große Chancengerechtigkeit sein, weil die Freiheit sonst dem Verdacht der Ungerechtigkeit ausgesetzt wird. Das will ich nicht und darum gebe ich alles für mehr Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der LINKEN und bei *Thomas Böwer* und *Dr. Mathias Petersen*, beide SPD)

Meine Damen und Herren! Das sind die Gründe, warum wir uns für diese bessere Schule entschieden haben, weil wir überzeugt sind, dass diese Form der Schule – längeres gemeinsames Lernen, anderes Lernen, andere Schule – zu einer größeren Chancengerechtigkeit führt und weil es darüber hinaus, wie ich versucht habe darzulegen, nebenbei oder hauptsächlich, wie man will, auch eine ökonomische Notwendigkeit für Deutschland, aber auch für den Standort Hamburg ist. Darum werbe ich mit aller Energie für diese Reform und darum freue ich mich, dass in der Politik hier im Hause, aber auch über die Politik hinaus in der Gesellschaft ein großes Engagement für diese Reform besteht. Ich weiß, es werden wichtige Wochen und Monate. Ich werde alles dafür tun, dass diese bessere Schule ein Erfolg wird. – Danke schön.

(Lang anhaltender Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat der Abgeordnete Frank Schira.

Frank Schira CDU:* Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bürgermeister, das war eine große und bewegende Rede. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Der heutige Tag ist ein wichtiger Tag für unsere Hamburger Schulen. CDU, SPD und GAL haben heute eine Vereinbarung über einen parteiübergreifenden Konsens in der Schulpolitik unterzeichnet. Hierin verpflichten wir uns, eine Schulstruktur aus Primarschule, Stadtteilschule und Gymnasium über einen Zeitraum von zehn Jahren zu garantieren. Wir haben uns mit diesem Schritt gegen eine Fortführung des seit Jahrzehnten tobenden Streits um die richtige Schulstruktur und für einen langfristigen Schulfrieden in Hamburg entschieden.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Dr. Mathias Petersen* SPD)

Wir, die CDU und die GAL, haben vor zwei Jahren eine Bildungsoffensive für diese Stadt vereinbart, die zum Ziel hat, möglichst gute und gerechte Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler

zu schaffen. Dies gilt insbesondere den Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern. Dabei lernen alle das Füreinanderdasein. Diese Bildungsoffensive verbindet inhaltliche und strukturelle Veränderungen. Über die inhaltlichen Veränderungen brauchen wir nicht zu streiten. Viele der seit Oktober im Schulgesetz verankerten Maßnahmen wurden bereits von der Enquete-Kommission in der letzten Legislaturperiode parteiübergreifend für richtig befunden und sind für einen modernen Unterricht sinnvoll.

Strittig war und ist die richtige Schulstruktur. Wir als CDU haben uns für das Zwei-Wege-Modell, Stadtteilschule und Gymnasium, eingesetzt. Richtig ist, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten strukturellen Veränderungen über die von uns ursprünglich geplanten Veränderungen hinausgehen. Richtig ist aber auch, dass das Gymnasium als beliebte und anerkannte Schulform erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva Gümbe* GAL)

Es ist der Hamburger CDU zu verdanken, dass die Einführung der Stadtteilschule in der letzten Legislaturperiode parteiübergreifend beschlossen wurde. Schon damals hat sich Hamburg an die Spitze der Reformbewegung gesetzt. Neben der Schulstruktur wurden zahlreiche weitere Verbesserungen eingeführt. Um nur einige Maßnahmen zu nennen: die verpflichtende Vorschule samt ergänzendem Sprachförderbedarf für besonders förderbedürftige Kinder, außerdem der Ausbau zahlreicher Schulen zur Ganztagschule, die Schaffung einer Schulinspektion und ein umfassendes Konzept zur Begabtenförderung. Weniger Schulabbrecher und mehr Abiturienten sind das Ergebnis einer von der CDU auf den Weg gebrachten Schulpolitik.

(Beifall bei der CDU und bei *Horst Becker* und *Dr. Eva Gümbe*, beide GAL)

Warum belassen wir es nicht bei der Einführung des Zwei-Wege-Modells und der Umsetzung der von der Enquete-Kommission empfohlenen Maßnahmen? Warum beschließen wir jetzt die Einführung einer Schulstruktur aus Primarschule, Stadtteilschule und Gymnasium? Wir müssen dafür sorgen, dass alle jungen Menschen ihre Talente entfalten können und eine gute Qualifikation erhalten. Alle gehören zu uns und niemand darf zurückgelassen werden.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Dr. Mathias Petersen* SPD)

Meine Damen und Herren! Sie wissen, dass auch Anhänger unserer Partei, der CDU, sich schwertun und ich weiß, dass es in Teilen unserer Partei weiter kritisch gesehen wird. Kein anderes Thema haben wir in den letzten 30 Jahren in der Hamburger CDU so intensiv diskutiert wie die Schulreform. Es gibt aber auch die mit großer Mehrheit gefassten

(Frank Schira)

Beschlüsse der Landespartei und der Fraktion zur Schulreform. Die CDU hat sich in den letzten beiden Jahren intensiv mit dieser Reform auseinandergesetzt. Heute kann ich sagen, dass viele in der CDU-Fraktion die Chancen dieser Reform sehen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Denn die Studien haben gezeigt, dass die Grundschule wesentlicher erfolgreicher arbeitet als die Sekundarstufe I. Der Übergang in die weiterführenden Schulen wird auch künftig durch Fachunterricht und den Einsatz von Lehrkräften mit der Befähigung für das höhere Lehramt in der Unterstufe der Primarschule besser vorbereitet.

Die Schulen werden in den Bildungskonferenzen gemeinsam an einem Bildungsangebot in der Region arbeiten. Dadurch werden auch die Angebote von Primarschulen und weiterführenden Schulen besser als bisher aufeinander abgestimmt sein. Auch die Schulen müssen hier, so wie wir, das Konkurrenzdenken im Interesse der Schülerinnen und Schüler abbauen.

Schließlich bringt diese Reform die Chance für einen Schulfrieden. Ich weiß, dass es viele Menschen in der Stadt gibt, die trotz dieser Chance gegen die geplante Schulreform unterschrieben haben. 184 000 Stimmen sind eine klare Meinungsäußerung, die wir nicht ignorieren. Schulpolitik ist ein sehr sensibles, hoch emotionales Thema. Es gibt in der Elternschaft offenbar Vorbehalte gegen Details unserer Reform. Fragen wie die Umsetzung an den einzelnen Standorten, die Schulorganisation, das Elternwahlrecht und die Verbesserung der Ausstattung bestehender Schulen werden diskutiert. Diese Einwände haben uns nicht kalt gelassen.

Wir haben daher viele Stunden mit der Volksinitiative "Wir wollen lernen!" verhandelt und uns sehr um Einigung bemüht. Dr. Michael Otto war dabei als Vermittler eine große, hervorragende Unterstützung. Wir haben allen Grund, ihm für sein Engagement zu danken.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der SPD)

Er hat verschiedene Vorschläge für eine Einigung unterbreitet. Insbesondere sein letzter Vorschlag hätte zu einem Erfolg führen können und meines Erachtens auch führen müssen. Nach diesem Vorschlag wäre die Reform um ein Jahr verschoben worden, wenn die vereinbarten Qualitätskriterien im Jahr 2012 nicht erfüllt gewesen wären. Ein erneutes Expertenveto im Jahr 2013 hätte die Reform sogar stoppen können. Die schwarz-grüne Koalition war bereit, auf diesen Vorschlag einzugehen, aber die Volksinitiative hat ihn abgelehnt. Wir haben daher gemeinsam mit allen Fraktionen der Bürgerschaft über Verbesserungen nachgedacht und wollen diese hier und heute beschließen.

Kritisiert wurde unter anderem das Reformtempo; wir haben es reduziert. Das heißt konkret, dass die Primarschule in drei Schritten eingeführt wird. Zum neuen Schuljahr richten erst einmal die Starterschulen fünfte Klassen ein, 2011 folgen alle Schulen, deren Gremien die Einführung befürworten, und 2012 dann alle übrigen Schulen.

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt war die schlechte Ausstattung der Schulen. Auch dies haben wir aufgegriffen. Künftig werden sich mehr Lehrer in kleineren Klassen um die Kinder kümmern. In bestimmten Gebieten wird die Klassenobergrenze auf 19 Schülerinnen und Schüler festgesetzt. Außerdem werden die Fortbildung der Lehrkräfte sowie die Versorgung der Primarschulen mit ausreichenden und adäquat ausgestatteten Klassen- und Fachräumen sichergestellt.

Moniert wurde weiterhin, dass wissenschaftliche Belege für die Umsetzung der Reform fehlten; wir haben reagiert. In allen dritten und sechsten Klassen der Primarschulen werden künftig und dauerhaft extern begleitete Lernstandserhebungen durchgeführt. Um ein verlässliches Qualitätsmanagement zu gewährleisten, wollen wir heute auch einen Sonderausschuss der Bürgerschaft einrichten, der die Umsetzung der Schulreform begleiten wird. Es freut mich besonders, dass wir die Stadteilschule, ein Produkt unserer Schulpolitik der vergangenen Jahre, in den Verhandlungen stärken konnten.

Schließlich hat es hinsichtlich der geplanten Abschaffung des Elternwahlrechts heftige Kritik gehandelt. Wir nehmen diese Sorgen der Hamburger Eltern sehr ernst, wir haben verstanden und nachgebessert. Das Elternwahlrecht, das bisher nach der vierten Klasse gilt, wird für die Primarschule nun in gleicher Form nach der sechsten Klasse eingeführt. Das heißt im Klartext: Alle Eltern entscheiden am Ende der sechsten Klasse selber, auf welche Schule ihr Kind gehen soll. Nach Klasse 7 entscheidet dann die Zeugniskonferenz über den weiteren Verbleib der Kinder auf dem Gymnasium. Ich freue mich für alle Hamburger Schulen über diese, wie ich finde, guten Ergebnisse.

Zum Abschluss ein Appell an die Vertreter der Volksinitiative "Wir wollen lernen!". Jeder weitere Tag der Verunsicherung schadet der qualitativen Weiterentwicklung unserer Schulen. Ich bitte Sie, im Interesse der Schülerinnen und Schüler, der Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in dieser Stadt zu handeln. Die Schulen brauchen endlich Planungssicherheit. Ich weiß, dass wir alle in Hamburg ein Ziel haben: ein besseres und gerechteres Bildungs- und Schulsystem für unsere Kinder. Auf der Grundlage der heutigen Bürgerschaftsbeschlüsse betonen wir, dass unsere Hand für einen dauerhaften Schulfrieden weiterhin ausgestreckt bleibt. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Frank Schira)

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort hat der Abgeordnete Michael Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und meine Herren! CDU, GAL und Sozialdemokraten haben heute eine Vereinbarung über die künftige Hamburger Schulstruktur geschlossen. Wir sind uns einig, dass es sich lohnt, für eine nachhaltige Qualitätsverbesserung der Hamburger Schulen die Debatte über die Schulstruktur heute und hier zu beenden. Wir garantieren damit – zumindest hinsichtlich der Schulstruktur – einen zehnjährigen Schulfrieden.

Frieden hat unterschiedliche Facetten, man kann ihn unter anderem definieren als einen heilsamen Zustand der Stille oder Ruhe oder als die Abwesenheit von Störungen oder Beunruhigungen. Übertragen auf unsere Schulen heißt das, dass endlich wieder eine Konzentration auf das Wesentliche möglich sein und nicht ständig eine neue Reform-Sau durchs Dorf getrieben wird. Das bedeutet ganz praktisch: Wir konzentrieren uns jetzt auf die Verbesserung des Unterrichts, der Lernbedingungen und der Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und der GAL)

Gewinner dieses Friedens werden die Hamburger Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern sein. Sie bekommen endlich für eine Dekade eine Verlässlichkeit, die unsere Schulen dringend brauchen, um die Reformen effektiv wirken zu lassen.

Ich habe bereits im Sommer des letzten Jahres den Vorschlag gemacht, nach dem Vorbild des Bremer Schulfriedens in Hamburg einen fraktionsübergreifenden Konsens über die Schulpolitik herbeizuführen, aber daran hatten damals weder der Erste Bürgermeister noch die Schulsenatorin Interesse. Erst nach dem erfolgreichen Volksbegehren ist unser Gesprächsangebot angenommen worden – besser spät als nie. Allerdings glaube ich, dass der Volksentscheid vielleicht zu vermeiden gewesen wäre, wenn die schwarz-grüne Koalition früher auf unsere Gesprächsangebote eingegangen wäre, und es wäre uns sicher gelungen, die Unversöhnlichkeit in Teilen der Stadt gar nicht erst entstehen zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist ja so, dass es mittlerweile zu allem und jedem Thema dieser Stadt Umfragen gibt und diese Umfragen auch von jedermann gern zitiert werden, wenn sie in seine Argumentation passen. Ich will auch diese Erwartung heute erfüllen. Alle Umfragen, von wem auch immer sie erhoben werden,

zeigen deutlich, wie zerrissen die Hamburger Bevölkerung bei der Frage der Schulstrukturreform ist. Nach der letzten Erhebung des NDR sprechen sich 46 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger gegen die Einführung der Primarschule aus und 45 Prozent dafür. Das zeigt, dass wir alle gemeinsam ein hartes Stück Arbeit vor uns haben. Sollte es zu einem Volksentscheid kommen, ist sein Ausgang offen. Ich habe aber die Hoffnung, dass wir mit dem vereinbarten zehnjährigen Schulfrieden und – das sage ich in aller Bescheidenheit – mit den von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erzielten erheblichen Qualitätsverbesserungen die Hamburgerinnen und Hamburger von dieser Schulreform überzeugen können. An dieser Stelle möchte ich auf einige unserer Erfolge besonders hinweisen.

Ein zentraler Punkt ist, dass das Elternwahlrecht in Hamburg bestehen bleibt. Das Volksbegehren war auch darum so erfolgreich, weil viele Eltern empört darüber waren, künftig keinen Einfluss mehr auf die Entscheidung zu haben, welche Schulform ihr Kind besuchen darf. Die Mitwirkung bei der schulischen Entwicklung ihres Kindes ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Eltern das Schulsystem akzeptieren und ihm vertrauen. Die von Schwarz-Grün geplante Abschaffung des Elternwahlrechts war ein Fehler und hat die Zweifel der Hamburgerinnen und Hamburger an der Schulstrukturreform erheblich verstärkt.

(Beifall bei der SPD)

Darauf haben wir hier und an anderer Stelle immer wieder hingewiesen, aber die schwarz-grüne Koalition hat ihren Fehler erst nach dem wichtigen Erfolg des Volksbegehrens, den selbst der Bürgermeister als Paukenschlag bezeichnet hat, eingesehen. Jetzt ist die Abschaffung des Elternwahlrechts vom Tisch und das ist auch gut so.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Eva Gümbel* GAL)

Ein weiterer großer Erfolg bei den Verhandlungen ist die Abschaffung des Büchergeldes. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns immer gegen das Büchergeld gewehrt und sind deshalb umso glücklicher, dass es endlich wieder abgeschafft wird.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

2005 hat die CDU mit ihrer absoluten Mehrheit die unentgeltliche Bereitstellung von Schulbüchern abgeschafft und damit eine lange sozialdemokratische und hamburgische Tradition beendet. Mit der Einführung des Büchergeldes hat der CDU-Senat einen zentralen Grundwert preisgegeben, der die Hamburger Schulpolitik zuvor über Jahrzehnte geprägt hat, nämlich die Unentgeltlichkeit schulischer Bildung. Die CDU hat damals den Grundsatz aufgegeben, allen Kindern und Jugendlichen unab-

(Michael Neumann)

hängig von Einkommen oder Vermögen der Eltern die gleiche Chance auf eine gute schulische Bildung einzuräumen. Bildung ist keine Ware und deshalb – mir sei diese Bemerkung gestattet, nachdem der Bürgermeister unendliche Ausflüge in die Allgemeinheit unternommen hat – ist die Abschaffung von Gebühren, gleich welcher Art, an Schulen, aber auch an Universitäten ein zentrales Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik. Die von Ihnen gewählten Ansätze standen und stehen dem entgegen. Die Abschaffung des Büchergeldes ist deshalb ein erster großer sozialdemokratischer Erfolg auf diesem Weg.

(Beifall bei der SPD)

Noch unter der CDU-Schulsenatorin Dinges-Dierig wurde vom Senat und auch hier in der Bürgerschaft die aus meiner Sicht absurde These vertreten, die Größe der Klasse habe keine Auswirkungen auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler. Hamburg hatte daraufhin die größten Grundschulklassen Deutschlands. Das ist natürlich auch eine Möglichkeit, das Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" in den Schulen umzusetzen.

Wir Sozialdemokraten haben jetzt eine deutliche Reduzierung der Klassenfrequenzen durchgesetzt. Die Klassenobergrenze wird in den Primarschulen bei 23 Schülerinnen und Schülern liegen und in Schulen mit sozial benachteiligter Schülerschaft 19 Schülerinnen und Schüler. Was diese Verbesserung rein praktisch für die Kinder bedeutet, können Ihnen vermutlich am besten die Schülerinnen und Schüler der heutigen vierten Klassen berichten, denn die sind es, die das Erbe von Frau Dinges-Dierig und des CDU-Senats in Klassen mit bis zu 30 Kindern aussitzen müssen.

Neu an dieser Regelung ist auch der einklagbare Rechtsanspruch auf die im Gesetz festgelegte Klassengröße. Die Eltern können für ihre Kinder vor Gericht die Einhaltung der gesetzlich fixierten Obergrenze einklagen. So etwas gab es bisher weder in Hamburg noch anderswo in Deutschland. Das ist ein bildungspolitischer Quantensprung, den wir heute in Hamburg erreichen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Meine sehr geehrten Damen und meine Herren! Ich will einräumen, dass wir Sozialdemokraten uns mit der Schulreform, insbesondere mit der Primarschule, schwergetan haben. Die Primarschule wurde, Herr Schira hat es noch einmal ausgeführt, von den schwarz-grünen Koalitionären aus dem Hut gezaubert. Weder der Enquete-Kommission Schulpolitik, die sich über zwei Jahre mit der künftigen Schulstruktur in Hamburg befasst hat, kam die Idee dieser Schulform, noch war sie Teil des Programms, mit dem Herr von Beust oder auch die GAL in den Bürgerschaftswahlkampf zogen.

Trotz alledem war die Primarschule am Ende der politische Kompromiss zwischen Schwarz und Grün, der Preis, den beide Koalitionspartner zahlen mussten, aber – und das sage ich deutlich – auch zahlen wollten. Es war ihre eigene Entscheidung. Allerdings wurde diese Rechnung ohne den Wirt gemacht, um es einmal flapsig zu formulieren. In diesem Fall waren es 184 000 Hamburgerinnen und Hamburger, die Ihnen dafür eine Quittung ausgestellt haben.

Auch wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verfolgen das Ziel des längeren gemeinsamen Lernens, nur wollten wir dieses Ziel auf einem anderen Wege erreichen. Wir wollten die Schule für alle dadurch erreichen, dass sich Haupt-, Real- und Gesamtschulen – auf freiwilliger Basis auch Gymnasien – in jedem Schulbezirk zu Stadtteilschulen für alle zusammenschließen. Dieser Weg ist oft als kompliziert diffamiert worden, aber in der Bildungspolitik sind einfache Antworten auf die schwierigen Fragen eben selten zu finden; das lernen Sie auch gerade in schwarz-grüner Einheit. Deshalb ist Schadenfreude bei diesem Thema völlig unangebracht. Das gilt für beide Seiten.

Wir standen der Primarschule zunächst mit Skepsis und voller Zweifel gegenüber. Diese Zweifel waren zum Teil auch berechtigt. Wenn rund 130 Grundschulen zu 64 Primarschulen zusammengeführt werden sollen, dann stellt sich natürlich schon die Frage, wie das funktionieren soll, wenn einige der zusammenzulegenden Schulen drei Kilometer oder weiter auseinander liegen. Wir haben jetzt ausgehandelt, dass die Primarschulen in der Regel vertikal über die Standorte verteilt werden. Jede Klasse wird dann von der ersten bis zur sechsten Klasse an einem Standort bleiben. Diese Lösung hat unsere Bedenken in diesem Punkt erheblich entschärft.

Die sogenannte Fortbildungsinitiative für Lehrerinnen und Lehrer wurde von uns ebenfalls kritisiert. Die Einführung einer neuen Lernkultur mit dem Schwerpunkt des individualisierten Unterrichts stellt eine sehr hohe Anforderung an die Lehrkräfte. Die Bereitstellung von nur rund 1 Million Euro jährlich für die entsprechende Fortbildung schien uns zu dürftig. Wir haben festgeschrieben, dass jede Lehrkraft in den drei Jahren vor dem Start der fünften Primarschulklasse mindestens 20 Stunden Fortbildung absolviert haben muss. Damit ist uns ein großer Stein vom Herzen gefallen, denn natürlich wollen wir die Lehrerinnen und Lehrer mit der Einführung der Primarschule nicht überfordern.

Große Sorgen bei dieser Schulreform hat uns die Stadtteilschule bereitet, die das zentrale Projekt unserer sozialdemokratischen Bildungspolitik ist. Dadurch, dass es bei den Reformplänen keine Langform mehr geben soll, also die Klassen 5 und 6 an die Primarschulen fallen und nicht jede Stadtteilschule eine eigene Oberstufe haben sollte,

(Michael Neumann)

war die Gefahr groß, dass die Stadtteilschule eine weniger attraktive Alternative zu den Gymnasien geworden wäre. Das durfte nicht geschehen. Es muss weiterhin erhebliche Anstrengungen geben, die Stadtteilschulen auch für bildungsorientierte Eltern sehr attraktiv zu gestalten. Unser ausgehandeltes Ergebnis, dass jede Stadtteilschule eine eigene Oberstufe, zumindest aber eine elfte Klasse anbieten muss, sichert die Konkurrenzfähigkeit und Attraktivität dieser Schulform.

(Beifall bei der SPD)

Das Ziel muss es sein, dass diese Stadtteilschulen so gut sind, dass sie für Eltern attraktiv sind und auch Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlung diese Schulen für sich auswählen, anstatt auf das Gymnasium zu gehen.

Meine sehr geehrten Damen und meine Herren! Wir haben immer gesagt, dass wir die Chancen, die die Primarschule aufgrund der Möglichkeit des längeren gemeinsamen Lernens bietet, sehr wohl anerkennen. Ihre Einführung beinhaltet aber auch zahlreiche organisatorische und inhaltliche Risiken. Wir haben dies gegeneinander abgewogen und sind bisher zu dem Ergebnis gelangt, dass die Chancen zu gering und die Risiken zu hoch sind. Daher haben wir bei der letzten Abstimmung über die Änderung des Schulgesetzes auch gegen die Primarschule gestimmt.

Nachdem wir uns jetzt aber mit den schwarz-grünen Koalitionsparteien zusammengesetzt und eine Reihe von durch uns geprägte und geforderte Verbesserungen ausgehandelt haben und nachdem selbst Frau Knipper – jetzt ist sie nicht mehr da, vorhin saß sie noch dort oben – auf dem CDU-Parteitag sagte, das Beste an der Schulreform seien die Punkte, die von den Sozialdemokraten hineinverhandelt wurden, sind wir von der Schulreform überzeugt und werden dem Schulgesetzentwurf geschlossen zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden für die neue Schulstruktur werben, uns mit sachlichen Argumenten an der Debatte beteiligen und versuchen, die Hamburger Bürgerinnen und Bürger mit Aufklärungsarbeit zu überzeugen.

Wir müssen aber bei all der Harmonie heute aufpassen, dass diese Friedfertigkeit nicht zu einer Friedhöflichkeit führt, das heißt zu einer Vermeidung oder Verleugnung von Konflikten. Ich kann Ihnen garantieren – aber das erwarten Sie ohnehin von mir nicht –, dass es dazu nicht kommen wird. Im Gegenteil, wir werden in dem einzusetzenden Sonderausschuss mit Argusaugen überwachen, ob, wann und wie die vereinbarten Qualitätskriterien erreicht und eingehalten werden. Sollte dies bei einem Punkt nicht der Fall sein, werden wir das benennen und Korrekturen einfordern und uns, wenn notwendig, auch mit Ihnen und dem Senat darüber

streiten. Wir werden aber die Schulstruktur nicht wieder infrage stellen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wer jetzt glaubt, wie es die Fraktionsvorsitzenden vielleicht hoffen mögen, die Bildungspolitik werde nun aufgrund des Schulfriedens langweilig oder zumindest ein wenig ruhiger, der irrt. Es gibt genug Herausforderungen, die bewältigt werden müssen, ich nenne hier nur den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülerinnen und Schülern, den doppelten Abiturjahrgang, den Ausbau der Ganztagschulen, das Gastschulabkommen mit Schleswig-Holstein, die Hortbetreuung an Primarschulen und die erheblichen Schattenhaushalte beim Schulbau. Sie sehen, es gibt genug Themen, über die wir auch in Zukunft streiten können und die einen Streit wert sind, denn am Ende stehen wir alle gemeinsam in der Verantwortung. Das war ein starker Impuls für uns zu sagen, dass wir nicht um des Streites willen streiten wollen, sondern um der besten Lösungen willen. Deshalb haben wir am Ende in der Fraktion einmütig die Entscheidung getroffen, dem Gesetzesvorschlag des Senats zu folgen und damit auch der Primarschule unsere Zustimmung zu geben. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort bekommt nun der Abgeordnete Jens Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! CDU, GAL und SPD haben heute eine Vereinbarung über die zukünftige Schulstruktur geschlossen. Wir haben uns verpflichtet, die Struktur aus Primarschule, Stadtteilschule und Gymnasium über einen Zeitraum von zehn Jahren zu garantieren. Diese parteiübergreifende Einigung – auch die LINKE wird den entsprechenden Änderungen im Schulgesetz zustimmen – gibt den Schulen, Eltern und Kindern in dieser Stadt eine hohe Planungssicherheit.

Darüber hinaus signalisieren wir mit dieser Vereinbarung Verlässlichkeit. Das ist wichtig, gerade auch im Hinblick auf die Abstimmung, die im Sommer dieses Jahres vielleicht ansteht. Die Hamburgerinnen und Hamburger können, wenn es denn zu einem Volksentscheid kommt, ihre Stimmen für ein besseres, gerechteres und leistungsstärkeres Schulsystem mit mehr Lehrern, kleineren Klassen, gemeinsamen Lernen und individueller Förderung abgeben. Ihnen liegt ein Angebot vor, das sehr attraktiv ist und eine hervorragende Perspektive für die Zukunft unserer Kinder bietet. Eltern und Bildungsexperten anderer Bundesländer sehen mit Staunen und teilweise auch mit Neid darauf, dass

(Jens Kerstan)

Hamburg gewillt ist, seine Schulen personell und finanziell hervorragend auszustatten.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie heftig die Debatte über die Schulpolitik in den letzten Jahrzehnten geführt worden ist und wie unversöhnlich sich die aufeinandertreffenden Positionen gegenüberstanden, dann erscheint es fast als ein kleines Wunder, dass es uns gelungen ist, in diesem Hause eine Einigkeit über die Schulstruktur herbeizuführen. Das sucht in Deutschland seinesgleichen; das ist bisher in keinem anderen Bundesland gelungen. Darum ist dieser Tag ein besonderer Tag. Gemeinsam haben wir hier im Parlament ein Angebot für die Bevölkerung zusammengestellt. Auch das ist eine gute und wichtige Botschaft dieser Debatte.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Diese Einigkeit ist nicht von ungefähr gekommen. Wir hatten zwei sich unversöhnlich gegenüberstehende Lager: Die Befürworter der bestehenden Schulstruktur, insbesondere der Gymnasien, und diejenigen, die gesagt haben, dass wir längeres gemeinsames Lernen brauchen, um ein gerechteres, allen Kindern optimale Chancen bietendes Schulsystem schaffen zu können. Die Einigung heute haben wir nur erlangt, weil beide Seiten bereit waren, von Maximalforderungen abzuweichen. Wir wollen gemeinsam vorankommen und unser Schulsystem verändern, von dem wir alle wissen, dass es sich im europäischen Vergleich als nicht leistungsstark erwiesen hat und dass es unseren Kindern keine optimalen Zukunftschancen gewährleistet.

Einen Schulfrieden kann es nur dann geben, wenn alle Seiten zu einem Kompromiss bereit sind und aufeinander zugehen, um gemeinsam ihre Anstrengungen darauf zu richten, unser Schulsystem gerechter und leistungsstärker zu machen. Das ist uns im Hinblick auf die Primarschule gelungen. Ich würde mir wünschen, dass wir diesen wichtigen und notwendigen Weg auch in Zukunft weiter gemeinsam gehen.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wir haben eine parteiübergreifende Vereinbarung, die auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt gefördert und unterstützt wird. Einen Schulfrieden haben wir damit noch nicht.

Ich möchte darauf verweisen, dass es vielleicht keine andere Reform gegeben hat, die so intensiv beraten wurde – in den Regionalen Schulkonferenzen, in wochenlangen Verhandlungen mit der Initiative "Wir wollen lernen!" und zuletzt in den Gesprächen mit der SPD – und die sich, seit der ursprüngliche Gesetzesentwurf der schwarz-grünen Koalition verabschiedet wurde, so deutlich verän-

dert hat. Wenn ich mir anschauere, wie sehr sich dieses Schulgesetz weiterentwickelt hat, dann kann ich nur an Sie, Herr Dr. Scheuerl, Herr Sielmann und Herr Bertheau als die drei Vertrauenspersonen von "Wir wollen lernen!" appellieren, dass Sie sich Ihre hohe Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und den Schulfrieden in dieser Stadt bewusst machen. Die Gründe, die Sie veranlasst haben, die Änderungen des Schulgesetzes abzulehnen, haben sich erledigt. Unser Arm bleibt ausgestreckt. Ergreifen Sie die Chance zu einem Schulfrieden, um unser Schulsystem besser, gerechter und leistungsfähiger zu machen. Diese einmalige Chance darf nicht verstreichen.

(Beifall bei der GAL, der CDU und der SPD)

Ob das gelingt, liegt in Ihren Händen. Wir haben viele Wochen zusammengesessen – ich bin da relativ skeptisch. Lassen Sie mich darum auch etwas zu den Eltern in dieser Stadt sagen. Worüber streiten wir jetzt eigentlich noch?

Wir haben verstanden, dass die Einschränkung des Elternwahlrechts ein Fehler war, den wir bedauern und den wir korrigiert haben. Das neue Elternwahlrecht bietet sogar mehr als alte, seit Jahrzehnten etablierte. Wenn ein Kind einmal die für das Gymnasium erforderliche Leistungsfähigkeit nachgewiesen hat, kann es gegen den Willen seiner Eltern nicht mehr abgeschult werden. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen sich dann nicht mehr mit der Frage beschäftigen, auf welche Schulform ein Kind gehört und ob es abgeschult werden sollte, sondern können sich darauf konzentrieren, wofür sie eigentlich da sind: den Kindern etwas beizubringen und ihnen Werkzeuge an die Hand zu geben, um sich gute Zukunftschancen zu erobern. Das hat es im alten System nicht gegeben. Auch nach der Orientierungsstufe haben viele Kinder das Gymnasium verlassen müssen, auch in den Jahrgangsstufen 8, 9 und 10. Ich selber bin mit 32 Mitschülern auf dem Gymnasium gestartet und am Ende haben nur neun von ihnen mit mir gemeinsam das Abitur gemacht. Kein Sitzenbleiben, kein Abschulen und darüber hinaus werden die Eltern durch das neue Schulgesetz viel mehr Einfluss bekommen, als das in der Vergangenheit jemals der Fall war – das ist wichtig, auch für Sie, Herr Dr. Scheuerl.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Über kleinere Klassen, mehr und besser ausgebildete Lehrer und individuellen Unterricht, der jedes einzelne Kind, das schwächere und das stärkere, so fördert, dass es bessere Leistungen erzielt, brauchen wir doch nicht zu streiten. Das ist ein Angebot, das deutlich macht, dass Hamburg mitten in der größten Wirtschaftskrise bereit ist, sehr viel Geld zu investieren und große Anstrengungen zu unternehmen, um das Beste für unsere Kinder zu erreichen. Das ist ein großer Fortschritt für die Schulen. Wir haben viele, viele Jahre auf ihn ge-

(Jens Kerstan)

wartet und sollten diesen Schritt jetzt endlich auch gemeinsam gehen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Lassen Sie uns nicht weiterhin Debatten über die Schulstruktur führen, sondern mit der von uns vorgeschlagenen hervorragenden personellen und finanziellen Ausstattung der Schulen endlich das tun, was notwendig ist, um unseren Kindern die besten Chancen zu gewähren. Es ist doch nicht genug, mit der Einführung der Primarschule nur das zu erreichen, was in anderen europäischen Ländern schon längst üblich und Standard ist. Wir müssen alles tun, um besser zu werden, um bei künftigen Pisa-Vergleichen nicht nur gleichzuziehen, sondern tatsächlich besser zu sein. Nur dann haben unsere Kinder in einer sich globalisierenden Wissensgesellschaft in Zukunft eine Chance. Darum lassen Sie uns nicht mehr die alten Schlachten der Vergangenheit schlagen. Lassen Sie uns endlich gemeinsam mutig und beherzt vorangehen und über bessere Unterrichtskonzepte streiten.

Wir haben in diesem Hause ein Einvernehmen darüber, dass wir viel Geld investieren müssen, um unser Schulsystem besser, gerechter und leistungsfähiger zu machen. Ich würde mir sehr wünschen, dass diese Chance auf einen Schulfrieden nicht ungenutzt verstreicht und wir einen großen Schritt vorankommen, hin zu besseren Schulen für unsere Kinder und für eine gute Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Dr. Lutz Mohaupt: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dora Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor gut 90 Jahren fand in diesem Saal in der Bürgerschaft schon einmal eine große Debatte zur Schulstruktur statt. Die Fraktion DIE LINKE hat dazu eine Festveranstaltung gemacht, und zwar zum Gesetz betreffend die Einheitsschule, im letzten Jahr im Kaisersaal. 1919 hat die Hamburgische Bürgerschaft die bis dahin üblichen Vorschulen und damit die Aufteilung der Kinder schon ab Klasse 1 abgeschafft und stattdessen die Grundschule als eine Schule für alle eingeführt. Bestandteil der Gesetzesänderung war ebenfalls die Einführung der Lehr- und Lernmittelfreiheit. Wie wir heute sehen, sind das immer noch aktuelle Fragen.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Damals wurden folgende Argumente dagegen ins Feld geführt: Erstens dürfe man nichts übereilen, man müsse sich Zeit lassen, zweitens sei die Reform zu teuer, drittens dürfe es nicht so viele Gebildete geben, weil man auch Dienstboten brauche

und viertens würden die Kinder der unteren Klassen die Kinder der besseren Schichten verderben.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Ich nehme an, auch Ihnen kommt einiges, bezogen auf die heutige Auseinandersetzung in der Stadt über die Einführung der sechsjährigen Primarschule, bekannt vor.

Eines steht fest: Die Grundschule ist die erfolgreichste Schule Deutschlands, wie zuletzt die internationale Grundschul-Leseuntersuchung gezeigt hat. Sie ist auch die erfolgreichste Schule in Hamburg. Und wenn sie jetzt um zwei Jahre verlängert wird, bis 2012 verbindlich und flächendeckend in Hamburg eingeführt wird, dann kann das nicht schlecht sein.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir von der LINKEN sehen das als Schritt in die richtige Richtung, wenn es auch nur ein kleiner ist. Wir wollen mehr, wir streben ein einheitliches, demokratisches Bildungswesen bis zur Klasse 10 an; das ist kein Geheimnis.

Es hat zwei Volksbegehren in Hamburg gegeben, eines zur Einführung der Schule für alle, das war nicht erfolgreich, und eines, damit alles so bleibt, wie es ist, und das war sehr erfolgreich.

Die Initiative "Wir wollen lernen!" hat 184 500 Unterschriften gesammelt. Gerade deswegen begrüßen wir, dass das Volksbegehren, als Mittel der direkten Demokratie vorgesehen, in einen Volksentscheid mündet. Es ist aus unserer Sicht an der Zeit, dass die Hamburgerinnen und Hamburger darüber entscheiden, wie die Schule in Hamburg in Zukunft aussehen soll.

Für uns ist es unverständlich, wie man mit der jetzigen Situation für die Kinder und Jugendlichen in Hamburg zufrieden sein kann. Es gibt zu viele Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, es gibt zu viele Schülerinnen und Schüler, die beim Übergang von der Schule in den Beruf auf der Strecke bleiben. Sie erhalten keinen Ausbildungsplatz, sie werden als ausbildungsunwillig oder als ausbildungsunfähig aus der Vermittlung und der Statistik herausgenommen.

Hinzu kommt, dass bei gleicher Leistung Kinder in Hamburg, die mindestens ein Elternteil haben, das Akademiker ist, eine 4,5mal höhere Chance haben, auf ein Gymnasium zu kommen als Kinder, deren Eltern keine Akademiker sind. Nach der Lernausgangslagenuntersuchung LAU müssen Kinder, deren Väter keinen Schulabschluss erworben haben, 97 Leistungspunkte vorweisen, um eine Gymnasialempfehlung zu erhalten, und ein Kind, dessen Vater das Abitur hat, braucht nur 65 Leistungspunkte. Das ist ein unfares und ungerechtes System.

(Dora Heyenn)

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Und dieses System will die Initiative "Wir wollen lernen!" erhalten. Im Schulausschuss hat Herr Scheuerl in einer PowerPoint-Präsentation die Probleme der Hauptschüler besonders herausgestellt und seine Sorgen um diese Jugendlichen vorgetragen. Ein Blick in den Text des Volksbegehrens zeigt allerdings, dass es ihm nur um die Verhinderung der sechsjährigen Primarschule, um den Erhalt der vierjährigen Grundschule und um den Elternwillen nach der vierten Klasse geht. Die Scheuerl-Initiative will, dass alles so bleibt, wie es ist, auch für die Hauptschüler. Seine Sorgen sind nur vorgeschoben, seine Angriffe gegen Initiativen und Personen ehrverletzend und alles andere als hanseatisch. Der Bürgermeister Ole von Beust hat auf die Massenmails hingewiesen, das ist ein weiterer Punkt.

Der Senat und die ihn tragenden Parteien haben die beiden Oppositionsparteien SPD und DIE LINKE mit ins Boot geholt, um zu erreichen, dass über einen Volksentscheid längeres gemeinsames Lernen bis zur sechsten Klasse nicht verhindert wird.

Für DIE LINKE ist dieser Schritt nur konsequent. Während der ganzen Debatte um das neue Schulgesetz haben wir unsere differenzierte Haltung immer deutlich gemacht. Und bei der Abstimmung in der Bürgerschaft haben wir letztes Jahr auch mit einem klaren und einheitlichen Ja für die Primarschule gestimmt. Gleichzeitig haben wir darauf hingewiesen, dass die Ausstattung der Schulen und die Bedingungen für gemeinsames Lernen verbessert werden müssen.

Der Senat hat heute einen Änderungsantrag eingebracht, der diesen Bedenken Rechnung trägt. Wir begrüßen insbesondere, dass mit der weiteren Absenkung der Klassenfrequenzen mehr Lehrerinnen und Lehrer in die Schulen kommen. Zwingend notwendig ist auch, die Sorgeberechtigten bei der Reform mitzunehmen.

Es gab in den Verhandlungen mehrere Vorschläge, wie das Elternwahlrecht beim Übergang von Klasse 6 in Klasse 7 geregelt werden kann. Intensive Diskussionen haben eine Einigung ergeben in der Version, die Ihnen vorliegt.

(Michael Neumann SPD: Da waren Sie gar nicht dabei!)

Auch hier wären wir gern weitergegangen. Wir hätten es gern so geregelt, dass Schülerinnen und Schüler nur mit Zustimmung der Eltern abgeschult werden dürfen. Damit konnten wir uns leider nicht durchsetzen. Und nun stellt die siebte Klasse im Grunde eine Orientierungsstufe dar, an deren Ende entschieden wird, wer auf dem Gymnasium bleibt und wer auf die Stadtteilschule gehen muss. Das halten wir für problematisch. Wir glauben auch, dass ein großer Druck für die Schülerinnen

und Schüler aufgebaut wird und auch für die Eltern. Aber für uns war und ist wichtig, dass es überhaupt ein Elternwahlrecht gibt.

Übrigens lehnt Herr Scheuerl ein Elternwahlrecht nach Klasse 6 ab mit der Begründung, dass dann das Gymnasium überlaufen werde. Da spielen wohl doch Ängste eine Rolle, die ich ganz zu Anfang in meinem historischen Rückblick genannt habe.

Kurz vor Beginn unserer Sitzung haben CDU, GAL und SPD einen Schulfriedensvertrag geschlossen. DIE LINKE kann mit dem Begriff Schulfrieden nicht viel anfangen. Selbstverständlich sollte bei der Einführung der sechsjährigen Primarschule ein Durchlauf, also sechs bis acht Jahre, gewährleistet sein. Aber gleichgültig, wer das unterschreibt, keiner kann verhindern, dass irgendeine Initiative Ende 2012 zum Beispiel die Einführung einer sechsjährigen Primarschule fordert und dafür Unterschriften sammelt.

DIE LINKE hat diese Schulfriedensvereinbarung nicht unterschrieben und wird es auch nicht tun. Uns geht es in erster Linie um Bildungsgerechtigkeit. Deshalb begrüßen wir auch, dass das Büchergeld abgeschafft wird.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Eva Gumbel GAL*)

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass es eine besondere Errungenschaft ist, dass alle vier Fraktionen in dieser Bürgerschaft das jetzt wollen, und das ist auch gut so.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

DIE LINKE wird der Drucksache 19/5500 des Senats zustimmen.

Der zweite Antrag, der heute vorliegt, ist ein interfraktioneller. Damit wird ein Sonderausschuss in der Bürgerschaft etabliert, der prozessbegleitend die Einführung der Primarschule evaluiert. DIE LINKE konnte erreichen, dass dieses siebenköpfige Gremium erweiterte Kompetenzen und Aufgaben bekommt. Neben Qualitätsmerkmalen wie Klassenfrequenzen, Fach- und Klassenräumen, Lehrerversorgung, Fortbildung der Lehrkräfte und der Umsetzung des individualisierten Lernens wird dieser Ausschuss sich auch mit dem Übergang von der sechsten zur siebten Klasse beschäftigen.

Es ist in jedem gegliederten Bildungssystem so, egal, an welcher Stelle Sie die Schüler aufteilen, ob nach der vierten, der fünften, der sechsten, der siebten oder der achten Klasse, dass es dort immer Probleme gibt. Das ist auch hier der Fall und Elternwahlrecht kann das nur zum Teil abmildern.

Es soll im Ausschuss dokumentiert werden, wie viele Eltern entgegen der Empfehlung der Zeugnis-Konferenz ihr Kind auf ein Gymnasium geschickt

(Dora Heyenn)

haben, welchen sozialen Zusammenhängen die Eltern zuzuordnen sind und vor allem, welche Schulkarrieren sich für diese Schülerinnen und Schüler dann daraus ergeben haben.

Einige in dieser Stadt betrachten es quasi als Kulturschock, dass Christdemokraten, Sozialdemokraten, Grüne und DIE LINKE beim Thema längeres gemeinsames Lernen gemeinsam agieren.

(Michael Neumann SPD: Wir nicht!)

Wir sehen in der hier und heute demonstrierten Einigkeit ein gemeinsames Signal, das hamburgische Schulsystem gerechter und leistungsfähiger zu machen.

(Beifall bei der LINKEN, der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Bei allen Unterschieden in Detailfragen, das ist heute schon ein paar Mal angeklungen, hat sich eine Orientierung an europäischen Standards herauskristallisiert. DIE LINKE hat sich in der Vergangenheit nicht der schrittweisen Reform verweigert und wir werden es auch in Zukunft nicht tun. Wir sind für eine schrittweise Einführung. Bildungspolitischer Stillstand muss verhindert werden und die Reformfähigkeit unserer Gesellschaft muss verteidigt werden. Wir werden uns als LINKE intensiv dafür einsetzen, dass der Volksentscheid "Wir wollen lernen!" im Sommer scheidet.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir

zur Abstimmung kommen, zunächst zum Senatsantrag aus der Drucksache 19/5500.

Wer das darin enthaltene Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes aus der Drucksache 19/5500 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist somit einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dies ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen nun zum Interfraktionellen Antrag aus der Drucksache 19/5519.

Wer diesen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Diese Drucksache ist einstimmig beschlossen worden.

Dann bleibt mir nur noch, die Sitzung zu schließen und Ihnen schöne Frühjahrsferien zu wünschen.

Ende: 16.11 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Ole Thorben Buschhüter, Bülent Ciftlik, Alexandra Dinges-Dierig, Anja Domres, Britta Ernst, Martina Gregersen, Andy Grote, Uwe Grund, Nebahat Güclü, Robert Heinemann, Wolfgang Joithe - von Krosigk, Anne Krischok, Philipp-Sebastian Kühn, Hans Lafrenz, Dr. A. W. Heinrich Langhein, Gerhard Lein, Bettina Machaczek, Arno Münster, Ralf Niedmers, Stefan Schmitt, Dr. Dorothee Stapelfeldt und Jenny Weggen